

AUSGABE VOM 03. JUNI 2022

Automaten-Bomber: Bessere Bund-Länder-Vernetzung notwendig

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann fordert eine stärkere Zusammenarbeit des Bundes und der Länder zur Intensivierung des Kampfes gegen Geldautomatensprenger. Das Innenausschussmitglied unterstützt eine entsprechende Bund-Länder-Initiative von NRW-Innenminister Herbert Reul, der bei seinen Amtskollegen für eine „nationale Vernetzung“ wirbt. NRW hat die „Bekämpfung des Deliktphänomen Sprengungen von Geldausgabeautomaten“ auf die Tagesordnung der Innenministerkonferenz vom 1.-3. Juni setzen lassen. Nach einem Rückgang der Fallzahlen während der Pandemie nahmen Sprengungen wieder zu, u.a. in Castrop-Rauxel. „Um Gefahren für Leib und Leben der Bevölkerung zu minimieren, müssen wir alle Kräfte bündeln, um die skrupellosen Täter zu erwischen“, so MdB Breilmann.

Bundshaushalt: Falsche Schwerpunkte bei Bauen und Wohnen

Gegen die Stimmen der Opposition hat der Bundestag am Dienstag den Etat 2022 des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen beschlossen. Das eigenständige Ministerium war im Zuge der Regierungsbildung neu geschaffen worden. Der Einzelplan 25 sieht für das Ressort von Ministerin Geywitz (SPD) Ausgaben in Höhe von 4,96 Milliarden Euro vor. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann warf der Regierung in der Debatte vor, falsche Schwerpunkte zu setzen. Erfolgreiche Förderprogramme würden wie im Falle des Baukindergeldes früher eingestellt, andere wie das Programm zum altersgerechten Umbau gekürzt, so das Bauausschussmitglied. Stattdessen würden zahlreiche neue Stellen geschaffen. „Das ganze Geld in diesem Haushalt, was auch in einigen Bereichen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden soll, hilft nicht, wenn man gleichzeitig an anderer Stelle das Bauen erschwert!“, so Breilmann.



„Wenn ich mir das Deckblatt zum Einzelplan 25 angucke, sehe ich beim Titel „Forschung, Untersuchungen und Ähnliches“ aber eine Kürzung um 59.000 Euro“: CDU-MdB Michael Breilmann reagiert in seiner [Rede](#) zum Bauhaushalt spontan auf einen Redner der Ampel-Koalition, der zuvor mehr Forschungsförderung versprach. (Foto: CDU/CSU)

lich spielen auch Lieferkettenprobleme, Material- und Fachkräftemangel, Preisexplosion, aber auch das unsägliche Förderchaos rund um die KfW-Mittel eine Rolle. Nicht mal der Kanzler würde hier von einer baupolitischen „Zeitenwende“ sprechen, mit einem Etat, dessen größter Einzelposten, das von der Union eingeführte erfolgreiche Baukindergeld mit rund 1 Mrd. € ist.“, so Breilmann. Der Ampel-Haushalt sei „mehr schöner Schein als der große Wurf, den wir aber dringend benötigen im Sinne aller Bauwilligen und Mieter“, so der CDU-Politiker aus Castrop-Rauxel abschließend.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

ich bin mit Vorfreude auf meine Haushaltsrede in die Woche gestartet. Dann aber hat mich der schreckliche Missbrauchs-komplex mit Ermittlungsschwerpunkt in



Wermelskirchen tief erschüttert. Ermittler hatten über brutalsten Missbrauch von Kindern berichtet, das jüngste Opfer war einen Monat alt. Bislang wurden 73 Verdächtige und 33 Opfer identifiziert. Eine neue Dimension des Bösen scheint erreicht. Schärfere Gesetze allein halten die barbarischen Täter, die sich hinter bürgerlichen Fassaden verstecken und ihre Taten strategisch planen, kaum auf. Nur die massive Erhöhung des Ermittlungsdrucks kann Erfolg bringen. Es ist traurig aber richtig, dass es auch im neu gewählten Landtag einen Untersuchungsausschuss zum Thema Kindesmissbrauch geben wird.

Bei Kindesmissbrauch sollte sich die Frage danach, welches Grundrecht stärker wiegt, das der körperlichen Unversehrtheit oder das auf Schutz der eigenen Daten, keine Sekunde lang stellen: Es geht um wehrlose Kinder, und es ist Aufgabe von uns allen, diese zu schützen. Niemand will die totale Überwachung. Den Preis dafür zahlen auch Kinder, die dadurch nicht rechtzeitig vor Wiederholungstätern geschützt werden können. Das sollten die Kollegen aus anderen Fraktionen bedenken, wenn sie Vorratsdatenspeicherung kategorisch ablehnen. Wir sind es den Opfern schuldig.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



CDU/CSU: „Zeitenwende“ bleibt inhaltsleer

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat dem Kanzler mangelnde Unterstützung für die Ukraine und fehlenden Gestaltungswillen in Europa vorgeworfen. In der Generalausprache des Bundestages zum Haushalt 2022, kritisierte Merz, der Begriff „Zeitenwende“, den Scholz nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine geprägt habe, bleibe inhaltsleer. Fast 100 Tage führt Russland bereits Krieg gegen die Ukraine. Vor gut einem Monat hat der Bundestag auf Initiative der Union beschlossen, die Ukraine auch mit schweren Waffen zu unterstützen. Seitdem sei jedoch nichts geliefert worden, bemängelte Merz. Er warf Kanzler Scholz eine unklare Haltung vor: „Warum sagen Sie nicht ganz klar: Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen?“

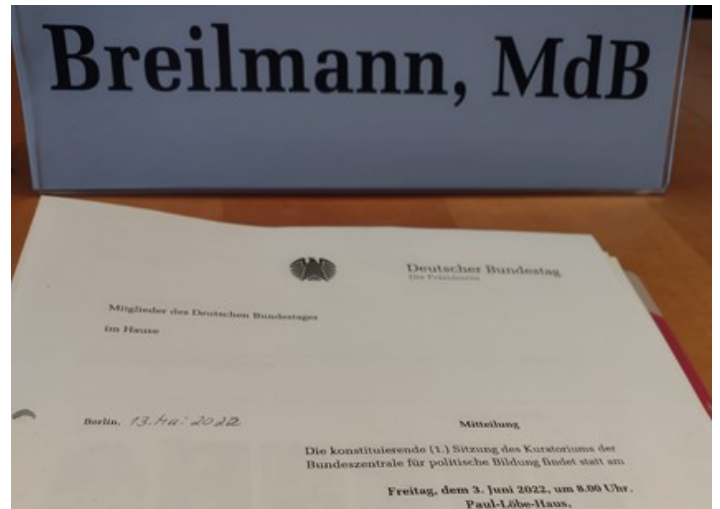
Eine andere Art von „Zeitenwende“ sprach CDU-MdB Thorsten Frei an – nämlich die Inflation, die inzwischen auf fast acht Prozent geklettert ist. Sie sei die „Zeitenwende der kleinen Leute“, sie „kommt schleichend und lautlos daher“. Die Inflation betreffe besonders diejenigen, die für das Alter vorgesorgt hätten. Deren Rücklagen schmelzen „wie das Eis in der Sonne“. Frei forderte die Regierung auf, den Kampf gegen die Geldentwertung aufzunehmen – und zwar „nicht, indem man an den Symptomen herumdoktert, sondern indem man die Ursachen bekämpft“. Der Haushalt 2022 umfasst Ausgaben von fast 500 Mrd. Euro, davon 140 Mrd. über neue Schulden finanziert.

Unions-AG Ruhrgebiet setzt Arbeitsschwerpunkte



Konstruktiver Meinungs austausch am Mittwoch mit den MdB Astrid Timmermann-Fechter, Matthias Hauer und Hubert Hüppe im Rahmen der Arbeitsgruppe Ruhrgebiet in der CDU/CSU-Fraktion. „Der Einsatz für unsere Heimatregion liegt mir sehr am Herzen“, so MdB Michael Breilmann. Neben Aspekten der aktuellen schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen in Düsseldorf standen auch der Abbau kommunaler Altschulden sowie die aktuellen Ruhrgebietsthemen in den Fachausschüssen auf der Agenda. (Bild: privat)

Kuratorium der Bundeszentrale nimmt Arbeit auf



Am Freitag hat sich das Kuratorium der [Bundeszentrale für Politische Bildung](#) konstituiert und seine Arbeit in dieser Wahlperiode aufgenommen. Das Gremium, das aus 22 MdB besteht, kontrolliert die Arbeit auf Wirksamkeit und Ausgewogenheit. Auf der Agenda standen neben Haushaltsfragen auch die Vorstellung der BpB-Themenschwerpunkte 2022, darunter u.a. auch das Thema Wohnen. „Es geht los und ich freue mich auf diese spannende Aufgabe. Ziel der Bundeszentrale ist es, das demokratische Bewusstsein in der Bevölkerung zu fördern. Als zuständiger Sprecher der Union möchte ich auch neue Herangehensweisen bei den aktuell so brennenden Themen Extremismus- und Antisemitismusprävention in die Bildungsarbeit der Bundeszentrale einspeisen“, so Kuratoriumsmitglied Michael Breilmann MdB. (Bild: privat)

100 Milliarden Euro für die Bundeswehr beschlossen

Am letzten Wochenende wurde von der Union ein wichtiger Verhandlungserfolg mit der Regierung erzielt – und zwar für die nachhaltige Stärkung und bessere Ausstattung der Bundeswehr. Die entsprechenden Beschlüsse hat der Bundestag am Freitag mit den Stimmen der Ampel und der Union getroffen. Das geplante Sondervermögen in Höhe von 100 Mrd. Euro kommt ausschließlich der Bundeswehr zugute. Nachdem das Sondervermögen in Anspruch genommen wurde, werden weiter die erforderlichen Mittel zur Erreichung der dann gültigen NATO-Fähigkeitsziele bereitgestellt. Denn neben dem Sondervermögen wurde auch vereinbart, dass künftig mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgegeben werden. Denn die NATO-Fähigkeitsziele müssen der jeweiligen Bedrohungslage angepasst werden. Wie nötig die Anpassung ist, zeigt der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. „Ich habe mit großer Überzeugung dafür gestimmt. Unsere sechs Kernforderungen haben wir alle durchgesetzt“, so CDU-MdB Michael Breilmann.

Impressum:

Ausgabe Nr. 10 der 20. Wahlperiode

03. Juni 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häbeler/

M.-L. Rosenberger/R. Hoffmann